



Januskopf Schweiz

Der Begriff «Politikkohärenz» hat Hochkonjunktur. Doch die Schweiz fördert Frieden und finanziert gleichzeitig Atomwaffen, setzt sich für Menschenrechte ein und toleriert gleichzeitig Zwangsarbeit. Eine Studie der NGO-Plattform Menschenrechte zeigt auf, wie weit weg die Schweiz von einer menschenrechtlich kohärenten Aussenpolitik ist. Und sie sucht Antworten auf die Frage: Was ist zu tun?

«Das Profil der Schweiz wird durch die Glaubwürdigkeit ihres Engagements bestimmt, die ihrerseits von der Kohärenz ihrer Politik abhängt. Die Schweiz achtet darauf, Menschenrechtsfragen bei der Planung und Umsetzung ihrer gesamten Aussenpolitik zu berücksichtigen.» So steht es in der ersten Menschenrechtsstrategie des Schweizerischen Auswärtigen Departements EDA, gültig für die Jahre 2016 bis 2019. Klingt gut. Doch was bedeutet das überhaupt, Kohärenz der Politik? Die von Public Eye mitbegründete Arbeitsgruppe Aussenpolitik der aus über 80 Organisationen bestehenden NGO-Plattform Menschenrechte nimmt sich in einer Studie* dieser Frage an.

Eine menschenrechtlich kohärente Aussenpolitik meint gemäss den Autorinnen und Autoren, «dass alle Politikbereiche und Verwaltungseinheiten ihre Mitverantwortung für die Achtung und Förderung der universellen Menschenrechte aktiv wahrnehmen.» Und die

Studie zeigt, dass eine solche Kohärenz in der Schweizer Aussenpolitik bisher in erster Linie an einem Ort zu finden ist: auf dem Papier, auf dem Absichtserklärungen gedruckt sind. Das erläutert die Arbeitsgruppe anhand von 13 «konkreten Inkohärenzen». Auf drei davon wollen wir hier kurz eingehen:

China: 1000 Seiten, kein Menschenrecht

Thomas Braunschweig von Public Eye zeigt in seinem Beitrag auf, wie bei dem Freihandelsabkommen der Schweiz mit China die Menschenrechte auf der Strecke geblieben sind. Er tut dies anhand einer Zahl. Null. So häufig kommt das Wort «Menschenrechte» in dem 1000-seitigen Vertragswerk vor. Die Schweiz argumentiert gerne dahingehend, dass mittels Freihandel die Menschenrechte gestärkt werden können. Dennoch sucht man letztere vergebens – und das in einem Abkommen mit einem Land, das die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), «die die Versammlungs- und Verhandlungsfreiheit garantieren und die Zwangsarbeit verbieten, nicht ratifiziert hat und gleichzeitig für seine weitverbreiteten Arbeitsrechts-

* Das ganze Diskussionspapier «Wo bleibt die Kohärenz? Menschenrechte und Schweizer Aussenpolitik» mit den konkreten Forderungen der Arbeitsgruppe finden Sie unter www.publiceye.ch/aussenpolitik

verletzungen bekannt ist», wie Braunschweig schreibt. Auch eine Erwähnung der ILO-Kernarbeitsnormen findet man im Abkommen nicht.

Entsprechend deutlich fällt denn auch die Schlussfolgerung im Rechtsgutachten eines Professors der Universität Zürich aus: «Es ist ein Widerspruch in sich, sich zur menschenrechtlichen Dimension von Freihandelsbeziehungen zu bekennen und gleichzeitig durch Zwangsarbeit entstandenen Gütern Handelsprivilegien zu gewähren.»

Geld und Frieden – im Zweifel Geld

Patrick Walder von Amnesty International beschäftigt sich in seinem Beitrag mit dem «regelmässigen Konflikt divergierender Interessen», wenn es um Waffen geht. So hat sich die Schweiz international, bei der Entwicklung des Arms Trade Treaty (ATT), der Ende 2014 in Kraft trat, für einen «möglichst starken und effektiven internationalen Waffenhandelsvertrag» eingesetzt, wie das Staatssekretariat für Wirtschaft nach den Verhandlungen mitteilte. Und die Schweiz wurde mit Genf gleich auch noch zum Sitz des ATT-Sekretariats.

Doch was tat die Politik derweil zu Hause? Sie lockerte zwei Mal ihre Rüstungsexportkontrolle. Im März 2014 war es das Parlament, das die Exportkontrolle schwächte: Fortan konnte die Bewilligung für eigentlich verbotene Auslandsgeschäfte mit Ländern, in denen «Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzt» werden, dennoch erteilt werden, wenn «ein geringes Risiko besteht, dass das auszuführende Kriegsmaterial zur Begehung von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen eingesetzt wird». Und im April 2016 hob der Bundesrat auch das Moratorium für Waffenexporte in den Nahen Osten auf und nahm eine Neuauslegung der Kriegsmaterialverordnung vor: Das Verbot von Waffenlieferungen an Länder, die in einen bewaffneten Konflikt verwickelt sind, solle fortan nur noch gelten, wenn «im Empfängerland selbst ein interner bewaffneter Konflikt herrscht».

Doch die zweifelhafte Rolle der Schweiz beschränkt sich nicht auf konventionelles Kriegsgerät. Eine Lücke im Kriegsmaterialgesetz erlaubt es hiesigen Banken bis heute, in Firmen zu investieren, die Atomwaffen und illegale Waffen herstellen. Einen parlamentarischen Vorstoss, der verlangte, dass dieses Schlupfloch geschlossen wird, lehnte die Regierung ab. Die Quintessenz von Walder: «Der Bundesrat ermöglicht [...] Schweizer Investitionen in Atomwaffen, obwohl er sich auf internationaler Ebene für ein Verbot von Nuklearwaffen einsetzt.»

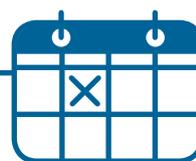
Honduras: Gewalt und Geschäft

Anna Leissing von Swisspeace hat sich für ihren Beitrag das Engagement der Schweiz in Honduras angeschaut. Auf der einen Seite setzt sich dort die Direktion

für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) mit unterschiedlichen Programmen für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation ein, andererseits verfolgt die Schweiz wirtschaftliche Interessen. Im Norden des Landes tobt seit Jahrzehnten ein gewaltsamer Landkonflikt zwischen lokalen Bauernfamilien und der Palmölindustrie. «Nichtsdestotrotz investierte die Weltbank, in der die Schweiz unter anderem einen Exekutivdirektor stellt, in eine in dieser Region tätige Palmölfirma, der Landraub und gravierende Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden», schreibt Leissing. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) verteidigte diese Investition, weshalb die Autorin zum Schluss kommt: «Das Recht auf Partizipation und Mitbestimmung, die demokratische Aushandlung verschiedener Interessen sowie der Schutz von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit [...] scheinen für die Verantwortlichen der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik in Honduras zweitrangig.»

Insgesamt kommen die Autorinnen und Autoren zum Schluss, in Regierung und Verwaltung sei zwar ein erhöhtes Bewusstsein für die Bedeutung von Politikkohärenz zu beobachten, auf institutioneller und politischer Ebene aber sehen sie kaum Fortschritte. Was es gemäss der Studie braucht, ist eine vom Gesamtbundesrat verantwortete, umfassende Strategie, «die schliesslich zu einer konsequenteren menschenrechtlichen Ausrichtung und verbesserten Kohärenz der Schweizer Aussenpolitik führt». •

TIMO KOLLBRUNNER



Vierte Jahrestagung der NGO-Plattform Menschenrechte

Am kommenden **Montag, dem 19. Juni**, findet in Bern die vierte Jahrestagung der NGO-Plattform Menschenrechte statt, an der Thomas Braunschweig, Handelspolitik-Experte bei Public Eye, das Diskussionspapier zur inkohärenten Schweizer Aussenpolitik vorstellt. Anschliessend werden Fachpersonen die Thesen diskutieren, bevor am Nachmittag in verschiedenen Arbeitsgruppen Fallbeispiele diskutiert werden. Der Anlass, der **ab 9.30 Uhr** im Gebäude UniS der Universität Bern an der Schanzeneckstrasse 1 stattfindet, ist öffentlich.

Weitere Informationen und Anmeldung unter www.publiceye.ch/konferenz_menschenrechte